

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Buchhändler und die Hauptredaktion des Verlags entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf. — Preis pro Ausland 120 Pf. — Preis pro Ausland 120 Pf. — Preis pro Ausland 120 Pf.

Verlagsgesellschaft des Erzgebirges
Hauptredaktion: Leipzig, Postfach 101
Telefon 101
Verlag: Leipzig, Postfach 101
Telefon 101

Telegramme: Erzgebirge Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig No. 1000

Nr. 182

Freitag, den 5. August 1932

27. Jahrgang

Erörterungen über eine Regierungsumbildung

Die Fühler werden ausgestreckt

Berlin, 3. Aug. Im Rahmen der Erörterungen über die Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Reichsregierung hört man heute in Berliner unterrichteten Kreisen, daß ein Vertrauensmann des Reichswehrministers v. Schleicher (angeblich Herr v. Alvensleben) sich nach München begeben habe, um dort im Braunen Hause Besprechungen mit den leitenden Persönlichkeiten der NSDAP zu führen. Es handele sich dabei um die bekannten Pläne, drei oder vier Nationalsozialisten in das Reichskabinett aufzunehmen, wobei von Seiten der Reichsregierung und des Reichspräsidenten vor allem der Standpunkt gewahrt wird, daß eine derartige Maßnahme den Charakter der jetzigen Reichsregierung als Präsidialkabinett nicht ändern dürfe, daß also die Nationalsozialisten, die ins Kabinett eintreten würden, als Persönlichkeiten des Vertrauens des Reichspräsidenten und nicht als Parteidelegierte anzusprechen wären. Diese Münchner Besprechungen, über die im Augenblick Bestimmtes noch nicht zu erfahren ist, sind zunächst nur als eine vorläufige Fühlungsnahme zu betrachten. Im übrigen wird jetzt auch die Möglichkeit einer Koalition zwischen Zentrum und Nationalsozialisten stärker erörtert. Die „Germania“ hebt in einer Polemik gegen Neußerungen der Scheitpresse die Notwendigkeit hervor, den neuen Reichstag „arbeitsfähig“ zu machen und warnt vor einer Konfliktpolitik unter verfassungswidrlichen und machtpolitischen Experimenten. Es sei notwendig, so sagt das Blatt weiter, daß irgendeine Regierung dem neuen Reichstag in dem ersten Willen begegne, mit ihm und in ihm eine sachliche Basis für die Erfüllung der Staatsnot-

wendigkeiten zu finden, die niemals Sache der Regierung allein seien. Alle Parteien, gleichgültig, ob sie opponieren oder die Regierung positiv unterstützen wollten, hätten die Pflicht, an der Erreichung dieses Zieles mitzuwirken. Der wirtschaftliche Tiefpunkt des kommenden Winters könne am allerwenigsten mit politischen Experimenten des Artikels 48 überwunden werden. Befalte man ruhige Nerven, dann gebe es immer noch Auswege in der Politik, ohne daß man zu solchen Experimenten greifen müsse.

In diesen Neußerungen und in einer ähnlichen Stellungnahme, die gestern in der „Völkischen Zeitung“ zu finden war, darf man wohl eine Bestätigung der Annahme erblicken, daß das Zentrum jetzt einer Koalition mit den Nationalsozialisten nicht mehr so abgeneigt ist wie bisher. Deutschnationale Blätter haben, wie erwähnt, vor einer solchen Koalition gewarnt. Auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ befaßt sich mit diesen Koalitionsmöglichkeiten und weist darauf hin, daß die Lage Deutschlands eine Wiederholung „dieses Spieles der deutschen Demokratie“ nicht zulasse. Neben dem Parlament gebe es heute wieder mächtige Faktoren des Staatslebens, die in der Lage und gewillt seien, den Lebensrechten des deutschen Volkes auch dann Geltung zu verschaffen, wenn eine Minderheit (oder auch eine Mehrheit) der Parteikräfte unbegründeten Einspruch erhebe. Beim Zusammentritt des Reichstages werde sich zeigen, so meint das Blatt abschließend, daß nur diejenigen Parteien noch ein Mitbestimmungsrecht beanspruchen dürften, die die Erfordernisse der nationalen Staatspolitik bejahten.

Französische Zweckphantasien über Deutschland

Paris, 3. August. Mit welcher Rührung ein Teil der nationalistischen französischen Presse gesehnt wird, dafür liefert die „Liberté“ einen treffenden Beweis. Ein angeblicher Sonderberichterstatter, der S. E. zeichnet, will die französische öffentliche Meinung auf Grund von Nachrichten aus politischen und diplomatischen Kreisen in Berlin von folgendem unterrichten können: Nachdem die neue Regierung, in der ein Nationalsozialist Kanzler sein und die meisten übrigen Minister auch aus den Reihen der Anhänger von Hitler genommen werden sollen, installiert sei, werde folgendes geschehen: Die neue Reichsregierung werde den Anschluß Oesterreichs proklamieren, eine Maßnahme, die durch den plötzlichen Tod Seipel erleichtert werde. Sämtliche Ministerien, also der ganze Staatsbetrieb, würden von Berlin nach Wien verlegt werden, um sie dem Druck und den Bedrohungen der sozialdemokratischen und kommunistischen Massen zu entziehen. Auf den Protest, den die Alliierten gegen die Annexion von Oesterreich erheben könnten, werde die Diktaturregierung antworten, es sei ja Oesterreich, das Deutschland annektiert habe und daß also die Lage nicht mit den im Friedensvertrag von Versailles vorgesehenen Fällen verglichen werden könne. Auf diese Weise, so sagt der Sonderberichterstatter weiter, werde Berlin eine große Industriestadt, vergleichbar mit New York, werden, während Wien zur Regierungssstadt ähnlich wie Washington werden wolle. In Ausführung dieses weitläufigen Planes werde die Verfassung von Weimar abgeändert und Deutschland werde, wenigstens theoretisch, ein Föderativstaat.

Man darf wohl die Frage stellen, wieviel Duzend Menschen in Frankreich ein derartiges Machwerk ernst nehmen, das selbstverständlich nur zu dem Zweck fabriziert wurde, um das Mißtrauen gegen Deutschland zu erhöhen und jeden Versuch einer Abrüstung in Frankreich im Keime zu ersticken.

Kommunisten zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt

Bübeck, 3. Aug. Das Gericht hatte sich gestern und vorgestern mit politischen Zusammenstößen zu beschäftigen, die sich hier zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, die von einer Versammlung heimkehrten, am 27. Juni ereignet hatten. Von den acht angeklagten Kommunisten wurde der Hauptbeteiligte Hinz zu einem Jahre Zuchthaus und der Kommunist Schwerin zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Keine Rechtsmehrheit mehr in Anhalt

Deffau, 3. August. Das genaue amtliche Ergebnis der Reichstagswahl für das Land Anhalt hat ergeben, daß bei der Umrechnung für den Anhaltischen Landtag die jetzige nationalsozialistisch-deutschnationale Regierung des Landes keine parlamentarische Mehrheit mehr besitzt. Die Regierung Freyberg-Knorr war auf Grund des Wahlergebnisses der anhaltischen Landtagswahl am 24. April d. J. gewählt worden. Sie hatte damals 20 Mandate gegen 18 der Opposition. Nunmehr würde sie nach den Zahlen des Reichstages nur noch 18 Mandate gegen 18 besitzen. Ein Mandat ist an die Sozialdemokraten und eins an die Kommunisten gekommen. Das staatsparteiliche Mandat würde durch ein Zentrumsmandat vertauscht. Die sozialdemokratische Presse kündigt bereits ein Volksbegehren auf Landtagsauflösung an, dessen Zeitpunkt die Sozialdemokraten bestimmen werden. Die erforderliche Drittelzahl für den Erfolg des Begehrens hätte die Sozialdemokratie bereits allein zur Verfügung. An sich überwiegt die Rechtsmehrheit im Land Anhalt zahlenmäßig mit etwa 7000 Stimmen, aber durch das Verrechnungs-system der Reststimmen bei den Mandaten ergibt sich tatsächlich Mandatsgleichheit zwischen links und rechts.

Die nationalsozialistische Hilfspolizei in Oldenburg

Berlin, 3. August. Wie wir erfahren, ist bisher auf die Anfrage des Reichsinnenministers bei der oldenburgischen Regierung wegen der Einstellung von Nationalsozialisten als Hilfspolizisten noch kein Bescheid aus Oldenburg eingetroffen. Im übrigen wird zu der Angelegenheit der nationalsozialistischen Hilfspolizei von zuständiger Stelle erklärt, daß nach absolut einwandfreien Ermittlungen, die unabhängig von der oldenburgischen Regierung erfolgt sind, die Nachrichten aus Oldenburg übertrieben sind. Insbesondere übertrieben sind die Nachrichten über angeblich provokatorisches Verhalten der nationalsozialistischen Hilfspolizei in Cutin. Wenn berichtet wird, daß in einem Falle die Reichsflagge durch Angehörige der Hilfspolizei entfernt worden sei, so ist daran lediglich richtig, daß diese Flagge tatsächlich entfernt wurde. Die Täter waren aber drei auswärtige junge Leute, die nicht das geringste mit der Hilfspolizei zu tun hatten.

Dank des Reichsinnenministers an die Wahlorgane

Berlin, 3. August. Die Wahl zum Reichstage hat über 44,5 Millionen deutscher Männer und Frauen zur Ausübung ihres staatsbürgerlichen Rechtes aufgerufen. Korrekturen, Durchführung der Wahl und Be-

mittlung des Wahlergebnisses haben an das Organisationsgeschick und die Arbeitskraft der Behörden in Stadt und Land sowie an die Arbeitsfreudigkeit der Wahlvorstände hohe Anforderungen gestellt. Besondere Anforderungen kamen durch die Rückführung auf den sommerlichen Reiseverkehr und die neu eingeführte Abstimmung auf den Seefahrzeugen hinzu. Dem Schutz der Wahlfreiheit diene die Polizei in bewährter Pflicht-treue. Ich spreche sämtlichen beteiligten Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden und den zahlreichen Männern und Frauen, die in den Wahlvorständen ehrenamtlich tätig gewesen sind, Dank und Anerkennung aus. In diesen Dank schließe ich besonders die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, die Oesterreichischen Bundesbahnen, die deutschen Schiffsahrtsgesellschaften wie alle übrigen Verkehrsunternehmen ein, die zur Erleichterung der Stimmabgabe wesentlich beigetragen haben. Berlin, den 2. August 1932. Der Reichsminister des Innern, Freiherr v. Sahl.

Neue politische Verbrechen

Mordanschlag auf ostpreussischen Reichsbannerführer

Lititz, 3. Aug. Nach Meldungen, die noch einer Bestätigung bedürfen, ist auf den Reichsbannerführer Raschkowski in Gyllen ein Feuerüberfall heute nacht verübt worden. Verletzt wurde niemand.

Lititz, 3. Aug. In dem bereits kurz gemeldeten Mordanschlag auf den Reichsbannerführer Raschkowski werden folgende Einzelheiten bekannt: Vor dem Hause des Reichsbannerführers Raschkowski in Gyllen erschien heute gegen 3 Uhr früh ein mit vier oder fünf Personen besetztes Auto. Die Insassen riefen nach der Giebelwohnung Raschkowskis hinauf: „Wohnt hier Raschkowski?“ Als dessen Ehefrau am Fenster erschien, sagte man ihr, sie möge ihren Mann rufen, da ihm der Reichsbannerführer in Lititz dringend sprechen wolle. Raschkowski erschien darauf am Fenster, sah jedoch sofort, daß einer der Leute nach der Pistole griff. Er sprang zurück. Im selben Augenblick wurden acht Schüsse gegen das Fenster abgegeben. Verletzt wurde niemand, doch gingen die Kugeln handbreit an den Köpfen des Ehepaares vorbei. Die Zimmerdecke wurde durch die Geschosse stark beschädigt. Die Ermittlungen sind im Gange.

Feuerüberfall auf Nationalsozialisten

Ein Loter, mehrere Schwerverletzte
Berlin, 3. August. Im Norden der Stadt wurden laut Polizeibericht heute früh etwa 15 auf

dem Heimwege befindliche Nationalsozialisten aus einem Lokal von Kommunisten beschossen. Ein Nationalsozialist wurde durch Kopfschuß getötet. Im Anschluß daran entstand ein schweres Handgemenge, in dem drei Nationalsozialisten durch Schüsse und Stiche schwer und ein Nationalsozialist leicht verletzt wurden. Ein Kommunist, der ebenfalls Verletzungen davongetragen hat, wurde unter dem Verdacht der Mittäterschaft in das Staatskrankenhaus eingeliefert. 17 Kommunisten, darunter der Haupttäter, wurden zwangsgestellt.

Revolveranschlag auf einen ostpreussischen Gemeindevorsteher

Rönigsberg, 3. August. Auf den Gemeindevorsteher von Rorgau, Gallowitz, der Mitglied der SPD ist, wurde gestern nacht ein Revolveranschlag verübt. Gallowitz ist von zwei Schüssen in den Kopf getroffen worden und liegt hoffnungslos darnieder. Vor seinem Hause fanden sich gegen 11 Uhr zwei bisher unbekannte Männer ein, die ihn unter dem Vorwand, daß es brenne, ans Fenster lockten. Als Gallowitz mit seiner Frau und seinem Kinde zum Fenster trat, gaben die Männer die beiden Schüsse ab.

Auch in Rosenberg Handgranatenanschläge

Rosenberg (O.-S.), 3. Aug. In der Nacht zum Mittwoch gegen 2.30 Uhr wurden zwei Handgranatenanschläge verübt. Der eine galt der auf dem Ring gelegenen Geschäftsstelle der Zentrumzeitung „Der Ober-